~~7.4. Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme 116 DS0297/08~~

~~BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale
Zusammenarbeit~~

~~Stadträtin Meinecke, Fraktion DIE LINKE, geht klarstellend auf den 4. Absatz in der Begründung ein.~~

~~Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:~~

~~Beschluss-Nr. 2016-68(IV)08~~

~~Der Stadtrat beschließt, die Frist zur Vorlage der Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der MVGM auf den 31. 10. 08 zu verlängern~~

*Abzug aus Sitzungsniederschrift der
52. Sitzung vom 03.07.2008*

7.5. Grundsatzbeschluss zur Umsetzung der Schulbauförderrichtlinie DS0242/08
(EU-Strukturfonds 2007-2013/EFRE IV)

BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport

Die Ausschüsse Juhi, StBV und BSS empfehlen die Beschlussfassung.

Es liegt der Änderungsantrag DS0242/08/1 der CDU-Fraktion vor.

Stadträtin Frömert, Fraktion DIE LINKE, bringt den Änderungsantrag DS0242/08/2 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann befürchtet eine 2-Klassen-Gesellschaft für die Schulen, die nicht im PPP-Projekt bzw. EFRE-Förderprogramm aufgenommen sind.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht klarstellend auf die Argumentation des Vorsitzenden der Fraktion BfM Stadtrat Dr. Kutschmann ein.

Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, bringt einen Änderungsantrag ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist bezüglich des Änderungsantrages der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, darauf hin, dass die Prüfung der Konzepte durch das Land vorgenommen wird.

Im Rahmen der weiteren umfangreichen Diskussion nimmt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, kritisch zur Thematik Stellung und geht dabei u.a. erläuternd auf die Intention des PPP-Programmes ein.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion Stadtrat Löhr legt spricht sich gegen eine Prioritätenliste aus und unterstützt teilweise den Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE.

Stadtrat Giefers, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, spricht sich ebenfalls für die Herausnahme der Prioritätenliste und für die Annahme des Änderungsantrages der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, aus.

Der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch verweist in seinen Ausführungen auf die Auswahlkriterien (Seite 5 der Drucksache DS0242/08) und hält es für eine wesentliche Leistung des Landes, dass aus den EFRE-Programm nochmals Schulen gefördert werden können. Er nimmt zum Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE Stellung und geht dabei insbesondere auf die Zeitschiene bezüglich der Vorlage eines qualitativen Konzeptes ein.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion Stadtrat Stern zieht im Ergebnis der Diskussion den Änderungsantrag DS0242/08/1 **zurück**.

Stadtrat Canehl, SPD-Fraktion, signalisiert seine Zustimmung zum Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Hein, bittet aber darum, dass die Verwaltung am 02.09.2008 im Ausschuss BSS einen Vorschlag unter Wertung der Konzepte vorlegt.

Abschließend geht der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport Herr Dr. Koch klarstellend auf die kritischen Anmerkungen des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Westphal bezüglich der Notwendigkeit der Vorlage der Drucksache DS0242/08 ein.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag DS0242/08/2 der Fraktion DIE LINKE mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Haushaltsberatung 2009 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie kurz- aber zumindest mittelfristig die räumlichen Bedingungen der Schule im Fermersleber Weg – Förderschule für Körperbehinderte – verbessert werden können.

Bei der Erarbeitung der Vorschläge sollte die Anwendung der aktuellen Fördermöglichkeiten für den Klimaschutz und / oder die Nutzung von Solarenergie des zuständigen Bundes-Ministeriums ebenso geprüft werden wie jene für ökologisches Bauen.

Gemäß Änderungsantrag der Stadträtin Dr. Hein, Fraktion DIE LINKE, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Der Stadtrat bestätigt den Schulstandort Albert-Vater-Straße 27 und die unter Punkt 2 des Beschlussvorschlages aufgeführten Schulen 2 – 10 ohne Rangfolge.

Ein Entscheidung über die Rangfolge sollte erst in Kenntnis der Konzepte erfolgen, die für die Entscheidung des Ministeriums für die Vergabe mit ausschlaggebend sind.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung der beschlossenen Änderungsanträge der Fraktion Die LINKE einstimmig:

Beschluss-Nr. 2017-68(IV)08

Zur Umsetzung der Schulbauförderrichtlinie beschließt der Stadtrat:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Beteiligung der Stadt am EFRE-Förderprogramm zu sichern und die entsprechenden Anträge auf Gewährung von Zuwendungen beim Kultusministerium einzureichen.
2. Der Stadtrat bestätigt den Schulstandort Albert-Vater-Straße 72 – GS „Am Westernplan“/Stormstraße“/FÖSSp. „A. Frank.
Eine Entscheidung über die Rangfolge der Standorte 2 – 10 erfolgt erst in Kenntnis der Konzepte, die für die Entscheidung des Ministeriums für die Vergabe mit ausschlaggebend sind.

1) A.-Vater-Straße 72	GS „Am Westernplan“/“Stormstraße“/ FÖSSp „A. Frank“
2) Am Vogelgesang 4	GS „Am Vogelgesang“
3) P.-Neruda-Straße 12	GS „An der Klosterwuhne“
4) P.-Picasso-Straße 20	GS „Am Kannenstiege“
5) A.-Vater-Straße 90	BbS I „Eike v. Repgow“
6) Frankfelde 32	Sek „Ernst Wille“
7) Kritzmannstraße 1	GS „Kritzmannstraße“
7) Kritzmannstraße 2	FÖSL „Comeniusschule“
8) Witzlebenstraße 1	GS „Am Pechauer Platz“
9) Großer Gang 1	GS „Diesdorf“
10) Fermersleber Weg	Förderschule für Körperbehinderte

3. Entsprechend der vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt genehmigten Anträge wird die Verwaltung beauftragt, zur Sicherheit des finanziellen Eigenanteils Mittel in Höhe von mindestens 16 v.H. in den Haushalt einzustellen.
4. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zur Haushaltsberatung 2009 einen Vorschlag zu unterbreiten, wie kurz- aber zumindest mittelfristig die räumlichen Bedingungen der Schule im Fermersleber Weg – Förderschule für Körperbehinderte – verbessert werden können.

Bei der Erarbeitung der Vorschläge sollte die Anwendung der aktuellen Fördermöglichkeiten für den Klimaschutz und / oder die Nutzung von Solarenergie des zuständigen Bundes-Ministeriums ebenso geprüft werden wie jene für ökologisches Bauen.